



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 8 - V - 6 7 - 0 0 0 7  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)   V  

Friedhofsentwicklungskonzept 2030 - Ermittlung Sanierungsbedarfe

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Andreas Kowol

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
 Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
<b>Summe einmalige Kosten:</b>									

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## **B Kurzbeschreibung des Vorhabens**

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Ermittlung des Sanierungs- und Instandhaltungsbedarfs der Infrastruktur der Wiesbadener Friedhöfe mit kritischer Würdigung der Objektstruktur.

### **Anlagen:**

## **C Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Dezernat V/67 die Erstellung des Friedhofsflächenentwicklungskonzepts 2030 betreibt und erste Ergebnisse im Kontext der Gebührenergabekalkulation ab 2022 herangezogen werden sollen. Ziel ist neben der Anpassung der Bestattungsmöglichkeiten an sich verändernde Bestattungskultur sowie die Begrenzung künftiger Erhöhungen der Friedhofsgebühren. Weiterhin soll mit diesem Entwicklungskonzept der Instandhaltungs- und Sanierungsbedarf auf den Wiesbadener Friedhöfen und die daraus entstehenden Kosten ermittelt werden.
2. Dezernat V/67 wird in diesem Zusammenhang beauftragt, mögliche Flächenreduzierungen sowie die Frage zu prüfen, ob auffällige Gebäude und Anlagen aufgegeben bzw. geschlossen werden können.
3. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden mit dem Entwicklungskonzept den Gremien zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

## **D Begründung**

### **I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage**

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Derzeit soll mit der Sitzungsvorlage „SV 18-V-67-0003 Änderung der Friedhofssatzung und Gebührenergabekalkulation“ eine Gebührenergabekalkulation von 22 v. Hundert beschlossen werden.

Schon jetzt ist absehbar, dass der hohe Investitionsstau und Sanierungsbedarf an vorhandenen Gebäuden, Wegen und Einfriedungen zwangsläufig zu weiteren Kostensteigerungen führen wird. Um diese Kostensteigerungen zu begrenzen und künftigen Erhöhungen der Friedhofsgebühren adäquat gegenzusteuern, sollen Möglichkeiten der Flächenreduzierungen sowie die Aufgabe bzw. Schließung auffälliger Gebäude und Anlagen geprüft werden. Außerdem ist zu prüfen, ob Sanierungsmaßnahmen gestrichen bzw. auf Verkehrssicherungsmaßnahmen reduziert werden können.

Dezernat V/67 wird deshalb beauftragt, den Flächen- und Objektbestand im Rahmen des Friedhofsflächenentwicklungskonzeptes 2030 kritisch zu hinterfragen. Erste Arbeitsergebnisse sollen mit der Friedhofsgebührenergabekalkulation vorgelegt werden, sodass erste Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden können.

Mit derzeit 22 Friedhöfen und 96 ha Grundfläche hält Wiesbaden im kommunalen Vergleich eine überdurchschnittliche Friedhofsstruktur vor.

	Wiesbaden	Hanau	Offenbach	Darmstadt	Kassel	Mainz	Frankfurt
Einwohner	288.000	99.500	135.000	160.000	205.000	205.000	736.000
Anzahl FH	22	8	5	6	13	14	37
Fläche in m <sup>2</sup>	960.000	43.000	350.000	670.000	940.000	720.000	2.500.000
Trauerhallen	21	8	5	6	14	11	36
EW je FH	13.090	12.437	27.000	26.666	15.769	14.642	19.891

Durch die mit einer sich verändernden Bestattungskultur verbundenen reduzierten Nutzung der Friedhofsflächen und -objekte sind weitere Kostensteigerungen zu erwarten. Darüber hinaus sind erhebliche Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen absehbar. Dies kann möglicherweise zu weiteren Gebührenerhöhungen führen und muss deshalb kritisch hinterfragt werden.

## II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

## V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 20. April 2018

Andreas Kowol  
Stadtrat